

---

## Handelsblatt

---

Handelsblatt print: Nr. 177 vom 14.09.2021 Seite 006 / Interview  
Politik

VOLKER BOUFFIER

### "Es wird ein beinhardter Schlusspurt"

**Der CDU-Vize wirft der SPD vor, sich hinter Olaf Scholz zu verstecken. In der Corona-Politik will der hessische Ministerpräsident weitere Einschränkungen für Ungeimpfte.**

Daniel Delhaes, Jan Hildebrand

Volker Bouffier war zur Unterstützung nach Berlin gekommen. Als Annalena Baerbock (Grüne), Armin Laschet (CDU) und Olaf Scholz (SPD) im TV-Triell debattierten, saß der hessische Ministerpräsident im Backstagebereich, machte sich Notizen und erklärte anschließend, warum der Kandidat der Union aus seiner Sicht als Sieger aus der Runde hervorgegangen war. Auch im Interview mit dem Handelsblatt gibt sich der CDU-Vize trotz der schlechten Umfragewerte siegesgewiss.

Herr Bouffier, die Union hofft auf eine Trendwende. Ist das TV-Triell aus Ihrer Sicht gut für Armin Laschet gelaufen?

Armin Laschet war sehr kämpferisch, und er hat Olaf Scholz erheblich in Bedrängnis gebracht. Dieser hat erneut versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen, aber Armin Laschet hat ihm das nicht durchgehen lassen. Er hat auch die richtigen Themen angesprochen, die für unsere Zukunft wichtig sind. Armin Laschet war überzeugend, beherzt und hat gezeigt, dass der Trend für die CDU zunimmt und die Wahl noch nicht entschieden ist.

Sie haben sich im April zusammen mit Wolfgang Schäuble sehr für Laschet als Kanzlerkandidaten starkgemacht. Dann ging es in den Umfragen für die Union bergab. Haben Sie auf den Falschen gesetzt?

Es ist müßig, wenige Tage vor der Bundestagswahl solche Fragen zu diskutieren. Wir müssen jetzt alle zusammen kämpfen. Und damit meine ich: alle. Wir müssen den Menschen klarmachen, dass sie Parteien und deren Inhalte wählen, und dieser Wahlkampf ist bisher weitgehend am Inhalt vorbeigegangen. Armin Laschet ist der richtige Mann fürs Kanzleramt: als Politiker und als Mensch - und weil er für die richtigen Inhalte steht.

Aber die Zustimmungswerte für Laschet sind so schlecht wie vermutlich noch nie bei einem Kanzlerkandidaten der Union. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Bis Mitte Juli hatten wir eine gute Situation. Ich will nicht herumreden: Derzeit ist es sehr schwierig. Aber die Lage ist auch ungerecht: SPD-Kandidat Olaf Scholz verweigert jegliche Diskussionen. Er sagt allenfalls: "Die Bundeskanzlerin und ich ..." Es soll kein Weiter-so geben, und doch vermittelt er, das Weiter-so zu sein. Nein, darauf fallen die Menschen nicht herein.

Offenbar trauen die Menschen Scholz mehr zu als Laschet.

Armin Laschet regiert erfolgreich - und zwar nicht Legoland, sondern das größte Bundesland Deutschlands. Deshalb: Wir bewahren Haltung und reden jetzt darüber, worum es bei dieser Wahl geht. Hinter Scholz steht die SPD. Was meinen Sie, warum die gesamte Partei schweigt? Helmut Schmidt ist nicht am Wähler gescheitert, sondern an seiner Partei. Gerhard Schröder ist gescheitert an seiner Partei.

SPD-Chefin Saskia Esken sagt, Scholz bestimme die politische Linie, nicht die Partei.

Wer bitte schön soll ihr das Märchen abkaufen? Die Parteitagebeschlüsse der SPD weisen in eine andere Richtung. Jeder, der das Kanzleramt bezieht, muss in den Grundfragen mit seiner Partei übereinstimmen. Stimmen beide nicht überein, dann ist alles über kurz oder lang nur noch ein mühsamer Kompromiss und zum Scheitern verurteilt.

Wie ist die Stimmung bei Ihnen an den Wahlständen?

Die Menschen trauen der Union am ehesten zu, die Probleme zu lösen. Die Leute wollen keine linke Regierung. Deswegen eiern die Kollegen von der SPD so. Es wird ein beinhardter Schlusspurt, keine Frage. Aber ich bin optimistisch, dass das Ergebnis am Wahltag ein anderes sein wird als in den bisherigen Umfragen.

Nämlich welches?

Eine Union, die die meisten Stimmen auf sich vereint. Wir wollen stärkste Kraft werden.

Die Union will Steuern senken und die Schuldenbremse einhalten. Passt das zusammen?

Es gelten zwei Grundsätze: Wir wollen unsere Politik des Haushalts ohne neue Schulden fortsetzen. Allein das unterscheidet uns von den anderen. Und: Wir wollen Schwerpunkte setzen. Wir wollen Familien mit Kindern entlasten und den Soli komplett abschaffen.

Ist dies angesichts der enormen Schuldenlast aus der Corona-Pandemie zu finanzieren?

Ja, das glaube ich. Die Pandemie ist nicht vorbei und hat weitreichende Folgen. Wir können jetzt den Menschen Zuversicht geben, dass wir mit Innovationen, mit Risikobereitschaft und neuen Technologien stark aus der Krise herauskommen. Oder wir erklären ihnen, dass wir jeden Erfolg nach der Krise höher besteuern und Familien belasten, indem wir das Ehegattensplitting abschaffen. Die Union hat sich eindeutig entschieden: für die erste Idee. Ich möchte daran erinnern, dass wir auch die Finanzkrise ohne Steuererhöhungen überwunden haben.

Aber die Herausforderungen werden vermutlich dieser Tage größere sein, Stichwort **Energie**- und Klimapolitik. Wie soll der Umstieg denn finanziert werden?

Ganz wichtig ist es, dass wir das **Erneuerbare-Energien**-Gesetz abschaffen. Es behindert viele, die investieren wollen, macht die **Energiewende** unnötig teuer und ist aus ökologischer Sicht auch verfehlt.

Nicht nur bei der **Energiewende** geht es schleppend voran, auch im Verkehrsbereich. Woran liegt das?

Wenn wir eine Verkehrswende wollen, gleichzeitig aber 31 Jahre für ein Meter neues Gleis brauchen, dann können wir die Diskussion beenden. Wir müssen auch Strom von Nord nach Süd bringen; dazu brauchen wir Leitungen. Die Union hat den Mut, die Planungsverfahren zu beschleunigen und etwa Einsprüche nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zuzulassen, aber SPD und Grüne sagen: Nein. Dabei ist die Infrastruktur der Schlüssel für unsere Zukunft.

Laut Klimagesetz müssen die Ziele aber umgehend erreicht werden. Müssen dann die Preise für Benzin steigen?

Dann würden wir Arbeitsplätze und Wohlstand verraten. Wir müssen beides zusammenbringen. Klimaschutz ja, bei Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstands. Nur so haben wir eine Chance. Die Menschen werden nicht mitmachen, wenn Sie ihnen das Autofahren oder das Fliegen verbieten. Wir müssen alle Kraft darauf verwenden, Innovationen zu fördern und beispielsweise CO<sub>2</sub> - freie Kraftstoffe zu entwickeln.

Warum spielt in diesem Wahlkampf eigentlich die Coronakrise keine Rolle?

Corona beschäftigt die Menschen viel mehr, als es der Wahlkampf vermuten lässt. Die Krise greift in alle Lebensbereiche ein. Wir als Länder müssen nach dem Infektionsschutzgesetz alle vier Wochen neue Verordnungen beschließen, wie es weitergeht im Altenheim, beim Friseur, in den Vereinen, in der Schule. Das sind die Themen, die die Menschen beschäftigen; sie sind nicht parteipolitisch aufgehängt.

Aber die Menschen wollen doch wissen, wie eine Partei es mit den Ungeimpften hält und wer welche Konzepte etwa für Schulen hat.

Ja, natürlich. Die 3G-Regelung muss überall dort gelten, wo der Zugang für alle nötig ist, also im öffentlichen Bereich. Ich gehe davon aus, dass der Schnelltest künftig nicht ausreichen wird, sondern ein PCR-Test nötig sein wird. Private Unternehmen können heute schon sagen: Ungeimpfte kommen nicht in mein Geschäft. Wer sich nicht impft, muss das akzeptieren. Es bleibt nur noch die Frage übrig: Wie wird das ausgestaltet? Darüber diskutieren wir.

Die Frage ist, ob er es wirklich muss. Obendrein ist nun im Gespräch, Ungeimpften in Quarantäne die Lohnfortzahlung zu verwehren. Ist das nicht Ausgrenzung?

Ich halte nichts von Stigmatisierung. Aber die eigene Freiheit endet da, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird.

Die Geimpften sind doch frei.

Der Staat tut gut daran, die Freiheit nur dort einzugrenzen, wo es nicht anders geht. Aber es kann uns nicht egal sein, wenn jemand andere anstecken könnte. Die Pandemie ist nicht vorbei. Wir müssen angemessen handeln. Wir stigmatisieren niemanden. Wie gesagt: Wir leben in einer freiheitlichen Gesellschaft. Der Staat vergibt keine Freiheitsrechte, die Menschen haben sie. Wenn wir solche Freiheiten einschränken, dann nur, um andere zu schützen. Das muss jeder, der sich nicht impfen lassen will, akzeptieren. Es kann nicht umgekehrt sein, dass sich alle nach seinem Gusto richten.

Und was ist mit der Lohnfortzahlung?

Was die Lohnfortzahlung angeht: Ich wünsche mir eine bundeseinheitliche Regelung. Klar ist: Es gibt nur eine Entschädigung, wenn es für den Betroffenen unvermeidbar war. So steht es bereits im Gesetz. Ich will das nicht überstürzen, aber dem Grundgedanken stimme ich zu.

Also werden wir sobald keinen "Freedom Day" haben und wissen: Die Pandemie ist vorbei?

Die ehrliche Antwort ist: Niemand weiß, wie sich die Dinge genau entwickeln. Im Vergleich zum vergangenen Jahr haben wir aber eine viel bessere Lage: Wir haben Medikamente, Impfstoff und viele Geimpfte. Ab einer bestimmten Impfquote werden wir keine Einschränkungen mehr benötigen. Wann dies sein wird, weiß ich nicht. Corona verschwindet nicht. Deshalb kann ich hier nur zum Impfen aufrufen. Das ist das beste Mittel, um Corona einzudämmen. Aber einen Lockdown wird es nicht mehr geben.

Herr Bouffier, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Daniel Delhaes und Jan Hildebrand.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Scholz verweigert jegliche Diskussionen. Er sagt allenfalls: „Die Bundeskanzlerin und ich ...“

Vita

Politik Volker Bouffier ist der dienstälteste amtierende Ministerpräsident, seit 2010 regiert er in Hessen. Der heute 69-Jährige löste Roland Koch während der schwarz-gelben Koalition ab. Zuvor war der gelernte Jurist elf Jahre Innenminister. Nach der Landtagswahl 2013 schmiedete Bouffier das erste schwarz-grüne Bündnis in einem Flächenland.

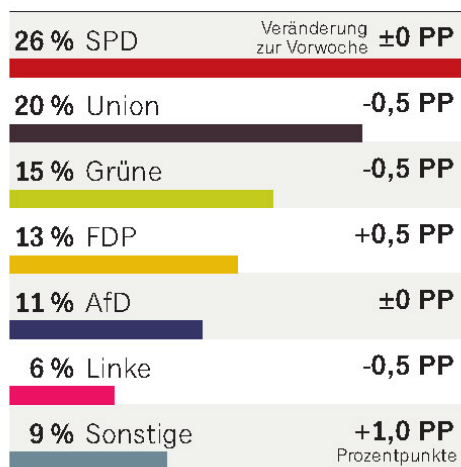
Leben Bouffier spielte in seiner Jugend erfolgreich Basketball. Er lebt mit seiner Frau in Gießen, wo er auch studierte. In der Stadt spielen die Bouffiers politisch eine große Rolle: So begründete Bouffiers Vater den CDU-Ortsverein mit. Bouffier hat drei Kinder. Einer seiner Söhne ist für die CDU in der Kommunalpolitik aktiv.

*Delhaes, Daniel*

*Hildebrand, Jan*

### Sonntagsfrage

Wenn am nächsten Sonntag  
Bundestagswahl wäre ... (Ergebnis)



HANDELSBLATT Stand: 11.9.2021 • Quelle: INSA


Handelsblatt Nr. 177 vom 14.09.2021  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 177 vom 14.09.2021 Seite 006
Ressort:	Interview Politik
Börsensegment:	org org
Dokumentnummer:	669C9AB7-E8C2-452D-9B70-A3C36F9F5295

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_669C9AB7-E8C2-452D-9B70-A3C36F9F5295%7CHBPM\\_669C9AB7-E8C2-452D-9B70-](https://www.wiso-net.de/document/HB_669C9AB7-E8C2-452D-9B70-A3C36F9F5295%7CHBPM_669C9AB7-E8C2-452D-9B70-)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH